

## Musterresolution zum Thema: Modellprojekt Cannabis in unserer Stadt XY

### **Stadt XY**

Herr/Frau Oberbürgermeister/in

Vorname Nachname

Straße, Hausnummer

PLZ Ort

*vorab per Mail*

### **Resolution**

zur Sitzung des Rates am ##

### **Modellprojekte zur Legalisierung von Cannabis ermöglichen!**

Sehr geehrte/r Frau/Herr Oberbürgermeister/in,

die Fraktionen/Gruppen von ## bitten Sie folgende Resolution auf die Tagesordnung der Sitzung des Rates am ## stellen zu lassen:

- 1. Die Stadt XY setzt sich dafür ein, dass wissenschaftliche Forschungsprojekte zu einer kontrollierten Abgabe von Cannabis unter medizinischen, gesundheitlichen und sozialen Aspekten sowie unter Einhaltung des Jugendschutzes ermöglicht werden.**
- 2. Hierzu fordern wir Bundesregierung und Bundestag auf, die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Genehmigung wissenschaftlicher Forschungsprojekte nach § 3 Absatz 2 Betäubungsmittelgesetz zu vereinfachen und zu ermöglichen.**
- 3. Die Verwaltung wird beauftragt, insbesondere auf Ebene der kommunalen Spitzenverbände die zukünftige Entwicklung und Bestrebungen zur Entkriminalisierung des Cannabiskonsums aktiv zu begleiten.**

Begründung:

Prohibition und Repression sind als drogenpolitische Instrumente insbesondere bei Cannabis offenbar gescheitert. Es wird Zeit, neue Wege zu erproben. Die internationale Entwicklung legt nahe, dass eine Regulierung des Cannabismarktes mittelfristig auch in Deutschland wahrscheinlich ist. Dann wird es darauf ankommen, optimale Bedingungen zu schaffen, bei denen Jugend- und Verbraucherschutz einen hohen Stellenwert haben. Die Stadt XY möchte diese Entwicklung aktiv begleiten.

§3 BtMG bietet grundsätzlich die Möglichkeit für Forschungsprojekte im Drogenbereich. Bei der Heroinvergabe in sieben Städten an 1.000 Abhängige wurde diese Vorschrift erfolgreich angewendet.

Bisherige Anträge für Cannabis-Modellversuche anderer Städte wie Berlin, Münster und der Berliner Stadtteil Friedrichshain-Kreuzberg beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) führten bisher jedoch zur Ablehnung.

Die Erstellung eines eigenen aufwendigen Umsetzungskonzepts inklusive Forschungsdesign für die Stadt XY lohnt sich deshalb erst, wenn es einen klaren rechtlichen Rahmen für solche Modellprojekte gibt.

Bremen, Thüringen und Berlin haben Anträge im Bundesrat eingebracht, um diese rechtlichen Rahmenbedingungen zu klären. Die Anträge wurden abgelehnt. Der Berliner Senat klagt aktuell gegen die Ablehnung des Modellprojekts durch das BfArM.

Wir setzen uns daher dafür ein, zusammen mit anderen interessierten Städten und der Landesebene auf eine Vereinfachung der Zulassung wissenschaftlicher Modellprojekte auf Bundesebene hinzuwirken.

gez. ##